



# Erntefest.

In den Schrebergärten und Laubenkolonien aller großen Städte feiert man Erntefest. Warum soll man nicht die üppig geratenen Kohlköpfe, die mit Stolz geernteten Röhren und einige handvoll Johannisbeeren mit bunten Wimpeln, mit Musik und Kinderfest feiern!

Es ist allerdings keine Ernte im Sinne der Landwirtschaft, die da eingebracht wird. Sondern es sind Illusionen, Spielereien, durch die der Prolet versucht, die grauen Mauern zu vergessen, in die ihn das moderne Industriekapital gewaltsam zwängt.

Für den Fabrikarbeiter gibt es heute noch kein Erntefest. Seine Arbeit hat keinen Anfang und kein Ende, für ihn weder Sinn noch Zusammenhang. Er weiß nicht, wohin die Stoffe kommen, die er verarbeitet. Die Arbeit, die er geschaffen hat, geht ihn weiter nichts mehr an. Auf irgendeinem fremden Markt wird sie zu Geld gemacht und der Unternehmer feiert sein Erntefest allein am Tage der Dividendenausüttung. Der Arbeiter hat dabei keinen Anteil, er erntet nichts von den Früchten seiner Arbeit. Er begnügt sich indessen mit der Ernte, die die Arbeit seiner Feierstunden trägt, feiert in seiner künstlichen Laube die paar Stachelbeeren und Radieschen, die er selbst begossen und gepflanzt hat mit Panen und Trompeten. Mit Rind und Regel zieht die Laubenkolonie „Gemütslichkeit“ durch die Arbeiterorkäste.

zur gleichen Zeit, wo die Laubenkolonisten ihre Ernte feiern, beraten die Junker und Großindustriellen den Hungerzoll, schiebt die Hindenburgregierung den Garantiepakt ab, der Deutschland die Ehre garantiert, im kommenden Krieg das Schlachtfeld zu sein.

Garantiepakt und Zölle, das werden die reichen Ackerfrüchte sein, die die Bourgeoisie als Ernte in die Geldschranke schleppt. Nicht so bescheiden ist für sie die Ernte wie für den guten Laubenkolonisten. Die Lokomotiven und Seidenstrümpfe, das Korn und die Zuckerrüben müssen nicht nur in 10- und 12-Stundenfron der Proleten im Akkordschweiß bei Fordmethoden hergestellt, sie müssen auch noch in Geld verwandelt werden.

Dazu helfen die Zölle, die Zölle auf Brot und Eisen, die es vor allem den Junkern und Großindustriellen ermöglichen, die Preise recht hoch zu halten. Schon heute sehen wir mit welchem Erfolg. Während noch im Reichstag die Zolldebatten lagen, sprangen die Fleischpreise, stiegen die Milch- und Butterpreise. Auch Fier und Gemüse werden täglich teurer. Der Einholerford der Arbeiterfrau wird leerer, dem Kleinhandel verderben Eier und Kohl. Junker und Industriellen aber reiben sich die Hände. Die Zölle bescheren ihnen eine reiche Ernte.

Aber der hat allein genügt noch nicht. Andere imperialistische Länder bauen Kriegsschiffe und Flugzeugschwader, Kanonen und Maschinengewehre, um ihren Raub an Ländern auszuweiten. Das kann die deutsche Bourgeoisie nicht mehr. Darum verkauft sie durch den Garantiepakt ihr Land als Schlachtfeld und ihre Proleten als Soldaten gegen Sowjetrußland. Der Garantiepakt hilft den deutschen Ausbeutern, die Ernte zu vermehren. Garantiepakt und Zölle werden unter Dach und Fach gebracht. Die Junker und Industriellen feiern das Erntefest bei

„Vater unser, der du bist im Himmel — —  
Unser tägliches Brot gib uns heute“ — —



— und die Zentrumsführer helfen den Deutschnationalen dein tägliches Brot rauben!

Selt mit mehr Recht als die Laubenkolonisten.

Warum schweigt das Proletariat? Warum war die Kundendemonstration des ADGB und der SPD so lässlich? Warum konnte die kommunistische Kundgebung gegen Kriegsgefahr diese Schluppe, die sich das Proletariat hatte einigermassen wieder gutmachen?

Woll die Sozialdemokratie, statt die Arbeiter aufzuwecken, sie verwirrt, weil sie die Arbeiterschaft vom Kampflampf ablenkt, statt sie zum Kampf zu führen, weil sie ihnen Illusionen vom Parlament macht.

Auch die Sozialdemokratie ist gegen diese Zölle — gewiß! Auch andere bürgerlichen Parteien sind gegen diese Zölle. Die SPD ist aber, wie andere bürgerliche Parteien, nicht einmal gegen jeden Zoll, sondern nur gegen zu hohe Zölle. Sie ist ganz einverstanden mit mächtigen Zöllen. Sie hat nichts gegen Industriezölle einzusetzen. Hat nicht der bürgerliche Herr Professor hervortragend festgestellt, wie die Landarbeiterschaft, wie die Industrieproleten ausblühen würden, wenn man nur auf einige Edelprodukte Zölle legt und den Rest im Freihandel ließe. Die Sozialdemokratie

562

wünscht genau wie dieser bürgerliche Professor, daß man den räuberischen Kapitalismus zu friedlichen und vernünftigen Maßnahmen veranlassen könnte. Sie treten für die gerechte Verteilung ein und begreifen nicht und versuchen so zu verschleiern, daß die bürgerliche Gesellschaft einfach nicht gerecht verteilen kann.

Die Golddemonstration hat unwiderrüstlich bewiesen, daß die Arbeiter zu begreifen beginnen, die Sozialdemokratie ist keine Arbeiterpartei!

Bei der Frage des Garantiepaktes, der so offen die Stellung gegen Rußland zeigt, hat sie sogar aufgehört, eine Oppositionspartei zu sein.

Den Kampf gegen die Hungerzüge, gegen die Kriegsgefahr führen die Kommunisten.

Die Kommunistische Partei hat es verstanden, wie die Demonstration am Sonntag bewiesen hat, die Gleichgültigkeit in den Massen zu überwinden. Die Kommunistische Partei stellt die Proleten vor den Kampf, und macht ihnen

nicht weis, daß ohne Kampf auch nur irgendeine Ernte für das Proletariat zustandekommen kann. Die Demonstration am Sonntag hat bewiesen, daß ein großer Teil der Massen bereits ausgebeutet, und sich nicht zufrieden gibt mit den im Parlament versprochenen Früchten.

Auch die Laubkolonisten müssen begreifen, in der Zeit, wo die Bourgeoisie auf den Gleichmut der Laubkolonisten, der Kleinbürger und auf den durch die Politik der SPD. lahmgelagerten Teil des Proletariats vertrauend, ihre eigene Ernte einfährt, da ist nicht Zeit zum Feste feiern.

Heute gilt es, der Bourgeoisie die Ernte beizusetzen zu verderben, ihr die Zähne zu zeigen und nicht zufrieden zwischen Rohlköpfen und Johannisbeeren zu sitzen.

Deshalb Ihr Laubkolonisten, Ihr Kleingärtner, zerreiht endlich die Illusionen, lernt begreifen, daß erst, wenn das Land, wenn die Betriebe in Euren Händen sind, für die Arbeiter die Zeit des Erntefestes kommt.

## Um die Gleichberechtigung der Frau.

Im Reichstag haben sich bei Beratung des Gesetzes über Änderung der Personalabbauperordnung Vorgänge abgespielt, die weit über den Kreis der Beamtinnen hinaus lehrreich für alle Frauen sind. Haben doch Regierung und Regierungsparteien, die in erster Linie den Frauenstimmen bei der Reichstagswahl ihr Dasein verdanken, mit aller Offenheit zum Ausdruck gebracht, daß sie nicht daran denken, den Grundgedanken der Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne anzuerkennen.

Nach Artikel 14 der Personalabbauperordnung, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes im Oktober 1923 erlassen wurde, kann das Dienstverhältnis verheirateter, weiblicher Beamten und Lehrer jederzeit am Monatsersten zum Monatsende gekündigt werden. Während ein männlicher Beamter oder Lehrer, der der Personalabbauperordnung zum Opfer fällt, Anspruch auf Ruhegehalt oder Abfindungssumme hat, wurden verheiratete weibliche Beamte ohne Entschädigung entlassen. Das bedeutet, daß die Abfindungsklausel aus der alten Zeit praktisch wieder hergestellt worden ist, trotzdem Artikel 128 Abs. 11 der Reichsverfassung sagt:

„Alle Ausnahmsbestimmungen gegen weibliche Beamte werden beseitigt.“

Genossin Krendtze konnte bei den Verhandlungen im Reichstag nachweisen, wie auch schon vor der verfassungswidrigen Personalabbauperordnung die Lehrerinnen und Beamtinnen um die Ausübung ihres Berufes kämpfen mußten. So hat das Reichsgericht am 13. Februar 1925 eine Entscheidung fällen müssen in dem Rechtsstreit einer Lehrerin gegen die Stadt Berlin, weil sie im Oktober 1919 wegen Verheiratung aus dem Schuldienst entlassen wurde. Die Stadt Berlin ist zur Zahlung der Gehaltsforderung verurteilt worden mit der Begründung, daß die Entlassung von Lehrerinnen für den Fall ihrer Verheiratung unvereinbar sei mit den Bestimmungen der Reichsverfassung. Gesetze, Verordnungen und Erlasse dieses Inhalts sind rechtsunwirksam, auch soweit sie älter als die Reichsverfassung sind.

Nach den neuen Beschlüssen des Reichstages wird der Personalabbau bei den Reichsverwaltungen und bei den Versicherungsträgern eingestellt, die Ausnahmsbestimmungen gegen die verheirateten weiblichen Beamten aber bleiben bestehen. Nur insofern ist eine Änderung eingetreten, daß erstens eine Kündigungsfrist von 3 Monaten vorgesehen ist und zweitens die Kündigung nur zulässig ist, wenn nach dem Ermessen der zuständigen Behörde die wirtschaftliche Versorgung nach der Höhe des Familieneinkommens gesichert erscheint und das Ausscheiden aus dienstlichen Gründen erforderlich ist. Von Ausnahmefällen kann eine Abfindungssumme in Höhe des Ruhegehalts gewährt werden, wenn und solange die wirtschaftliche Versorgung nach der Höhe des Familieneinkommens nicht mehr gesichert erscheint. Ferner ist auf Antrag eine Abfindungssumme unter Verzicht des Anspruches auf Rente zu zahlen.

„Der weibliche Beamte kann selbst aber nicht kündigen, wenn sein Ausscheiden den dienstlichen Bedürfnissen zuwidersteht.“

Bezeichnend war die Haltung der bürgerlichen Damen. Das Vorgehen ihrer Fraktionen war ihnen etwas peinlich, waren sie es doch, die im Wahlkampf das Ausschlagen beim Einmarsch der Frauenstimmen darstellten. Es wurden An-

sammensünfte aller Frauen des Reichstages einberufen, um gemeinsame Kompromißanträge zustande zu bringen, hinter denen sich dann die Frauen der Regierungsparteien glücken versprechen zu können. Das gelang nicht, denn die Fraktionen von den Kommunisten bis zu den Demokraten waren ja für Aufhebung des Artikels 14. Es kam lediglich eine Entschädigung aller Frauen — mit Ausnahme der Kommunisten — zustande, die vor der Entscheidung im Plenum an die Mitglieder des Reichstages nochmals appellierte, dem verfassungswidrigen Art. 14 nicht zuzustimmen.

Die Regierung und ihre Parteien, die bisher lächelnd der „Frauenrevolution“, wie ein Regierungsvertreter es nannte, zugeesehen hatten, gestatteten nun, da es ernst werden sollte, ihren Damen nicht mehr die Opposition. In der dritten Beratung wurde der Artikel 14 mit den Stimmen der Frauen der Regierungsparteien in der obigen Form wieder hergestellt. Die bürgerlichen Damen vom Zentrum bis zu den Deutschnationalen fielen kläglich um, sie fügten sich der Fraktionsdisziplin und halfen selbst mit, die weiblichen Beamten wieder unter Ausnahmezustand zu stellen.

Genossin Krendtze hielt ihnen ihre klägliche Rolle vor Augen, wie sie praktisch von ihrer Fraktion nur noch gebildet werden. Wenn der Grundgedanke der Regierungsparteien gegenüber den Beamtinnen richtig ist, nun dann sollen sie das konsequent sein und ihn auch anwenden auf ihre weiblichen Abgeordneten des Reichstages, dann zurück ins Haus, an den Kochtopf.

Für die Frauen außerhalb des Parlaments, insbesondere aber für die weiblichen Beamten und Lehrer gilt es nun die Lehre aus den Reichstagsverhandlungen zu ziehen. Der Kampf um Frauenrechte ist nicht eine Angelegenheit der Frauen, er kann nicht geführt werden durch ein gemeinsames Vorgehen der Frauen aller Parteien, sondern er ist ein Teil des politischen Kampfes. Nicht die Verfassung garantiert den Frauen ihre Rechte, sondern die tatsächlichen Machtverhältnisse sind dafür entscheidend.

Die heutige bürgerliche Gesellschaft, die auf Ausbeutung der Arbeiterschaft beruht, kann die Gleichberechtigung der Frau im Produktionsprozess nicht anerkennen, sie gebraucht die Frau als billigere Arbeitskraft. Deshalb heraus aus Betrieben, wo der gleiche Anspruch auf Lohn nicht zu umgehen ist. Unter dem heuchlerischen Vorwand, die verheiratete Beamtin der Familie zu erhalten, treibt man sie aus dem selbstgewählten Beruf heraus, um sie in die große Reservearmee der Erwerbslosen einzureihen, wo sie als Schmutzkonkurrenten gegenüber den Arbeitern und Angestellten für den Kapitalisten stunden sollen.

Nur im Staate der Werktätigen, wie in Rußland, wird die Gleichberechtigung der Frau zur Tatsache werden, schafft eine weitgehende Fürsorge für Mutter und Kind und eine planmäßige Entlastung der Frau von der Hausarbeit die Vorbedingungen für eine Berufstätigkeit der Frau, im Interesse der Gesellschaft und der Frau selbst.

Die Beamtinnen müssen sich daher Seite an Seite mit den Frauen und Männern des Proletariats um das Banner der Kommunisten scharen, um es zum Ziele zu führen.

B3

564

## Zwei Proletenfrauen über die Jugendweihe.

1. Frau: Ich will meinem Jungen die Jugendweihe geben lassen.

2. Frau: Das ist doch nichts halbes und nichts ganzes. Einsegnung bleibt Einsegnung. Pastor und Kirche gehören nun einmal dazu. Ohne Jugendweihe ist doch nicht lehrlich.

1. Frau: Ich habe voriges Jahr gesehen, wie Krügers Mädchen die Jugendweihe bekam, das war sehr feierlich. Mir wurde ordentlich froh ums Herz, als ich all die jungen Proleten sah, die so klar in die Welt sahen und denen nichts vorgelesen wurde, sondern die so richtig über den Kampf, der ihnen bevorsteht, belehrt wurden.

Sie hätten einmal die begeisterten Gesichter sehen sollen, die dem Revolutionär lauschten, der ihnen zurief:

„Ihr zieht nun in die Arbeit. Wir sagen Euch, verliert nicht den Mut, duckt Euch nicht. Das Leben, das Euch nach schwerer Kindheit erwartet, ist hart. Wir geben Euch keinen Segen mit, von dem wir behaupten, daß er Euch schätzen kann.“

Wir sagen, kommt zu uns und helft uns den Arbeiterstaat schaffen, in dem die Jugend besser leben kann, in dem wir den ins Leben zühenden jungen Menschen die Tore zu einer freudigen schönen Zukunft öffnen können.

Heute sagen wir Euch Proletenkinder, daß Ihr kämpfen müßt, die Steine aus dem Weg beseitigen, die Euch hindern.“

2. Frau (empört): Na und das finden Sie schön, etwas den Kindern zu sagen, die heute schon keinen Respekt mehr vor den Alten haben? Ich war meinen Teil, wenn ich auch nicht alle Tage in die Kirche renne und auch nicht allzu gläubig bin, und, die Eltern müssen ihre Kinder einsegnen lassen. Die Einsegnung ist der richtige Abschluß der Kindheit. So'n Kind, was nicht eingegnet ist, kann mir richtig leid tun.

1. Frau: Gerade, das verurteile ich an der Einsegnung, daß sie den noch unreifen Kindern ein Glaubensbekenntnis abzwängt und sie in eine Bahn hineinzwängt, die sie noch nicht überschauen können.

2. Frau: Na in Deutschland sind nu mal die meisten Menschen evangelisch und da ist es doch am richtigsten, so ein Kind wird das auch, dann hat es die wenigsten Schwierigkeiten im Leben.

1. Frau: Deutschland ist noch lange nicht die Welt. Vielleicht wandert Ihr Junge bald aus Deutschland aus, kommt in ein Land, in dem er vereinzelt ist mit seiner Konfession. Vielleicht findet er mit 20 Jahren eine andere Konfession für sich und seine Ziele viel passender. Es ist ja auch möglich, daß er antikonsessuell wird. Dann muß er erst einen Kampf um seine Religionsfreiheit aufnehmen, weil er mit 14 Jahren zum lutherischen Christen vergewaltigt wurde.

2. Frau: Das ist doch eine Kleinigkeit, dann tritt er eben wieder aus, aus der Kirche.

1. Frau: Das ist garnicht so einfach, wie Sie das denken. Kirche und Staat sind noch nicht getrennt, und die Kirche verlangt ein Jahr nach dem Austritt noch Steuern von dem ständigen Mitglied, außerdem gibt es viel amtliche Scherereien. Abgesehen davon, daß ihr Junge Jahre hindurch die Kirche unterrichtet hat, der er innerlich nicht angehört.

2. Frau: So, na ja, ich kann mir ja denken, daß man mit dem Austritt auch keine Scherereien hat. Ich sehe auch garnicht ein, warum das sein muß. Mein Kind kann das selbe

sein, was ich war, mir hats mein Leben lang nicht geschadet, daß ich evangelisch war.

1. Frau: Ihnen persönlich nicht, so daß Sie es fühlen, aber vielleicht der ganzen Gesellschaft. Die Kirche macht ein gut Stück Politik, und sie stützt sich besonders in Deutschland gerade auf die, die ohne Gedanken, nur weil es einmal so ist, ihr angehören. Und sehen Sie, wenn die Kinder ebenso sein sollen wie die Eltern, so wäre es doch recht traurig auf der Welt bestellt. Dann gäbe es ja gar keinen Fortschritt. Schließlich müßten wir dann heute noch das „Goldene Kalb“ anbeten.

2. Frau: Ach, wie Sie das sagen. Ohne Einsegnung, ohne Religion wird son Kind immer (wie) angesehen. Heberoll wird danach getragt, in der Fortbildungsschule, im Betrieb, es kriegt auch schwer ne Lehrstelle.

1. Frau: Richtig, das ist des Pudels Kern. Damit bringen Sie selber den Beweis, daß die Einsegnung und der ihr vorgehende Konfirmandenunterricht eine kapitalistische Erziehung ist, die diese Klasse nicht aus den Händen geben will, weil sie weiß, daß sie damit eine starke Macht auf die Denkwiese der Arbeiter hat. Gerade darum dürfen Sie aber Ihren Jungen nicht einsegnen lassen und ihm das Bestimmungsrecht über seine evtl. Religion nehmen. Gerade darum ist es gut, den jungen Proleten statt zur Einsegnung in die Jugendweihe zu schicken, um ihn auf den Kampf mit dem Arbeitgeber, mit dem kapitalistischen System vorzubereiten.

2. Frau: Vielleicht haben Sie recht, ich finde schon vieles richtig was Sie sagen. Aber nun habe ich mich so Jahre darauf gestreut auf die Einsegnung von meinem Jungen. Es ist soviel Poetisches dabei. Der Pastor, die Orgel, die ganze Stimmung. Es war doch schon bei meinen Eltern so und all meine Geschwister und nu, ne mein Junge, der soll auch eingegnet werden.

1. Frau: Oh, was Sie da sagen, ist so äußerlich. Eigentlich nur Gefühlsduselei. Es müßt Sie doch empören und Ihre poetische Stimmung nehmen, wenn der Pastor ihrem Jungen goldene Lehren auf den Weg gibt:

Sei geduldig, so will ich Dir die Krone des Lebens geben. Jesus aber spricht: Geld untertan der Obrigkeit, die Gewalt über euch hat.

Eins aber sage ich euch, es wird eher ein Kamel durch ein Nadelöhr kommen, als ein Reicher in den Himmel.

Ich habe mich freuzigen lassen, damit ihr erlöst werdet.

Der ganze Sinn ist doch immer nur derselbe und liegt so klar auf der Hand, die Proleten zu kampfslosen Duckmäusern zu erziehen. Das kann ich nicht poetisch finden. Das ist

schwerindustrielle Politik mit Orgelbegleitung.

Nein, das kann ich Ihnen sagen: In der Jugendweihe liegt tiefere Poesie. Wenn die jungen Reden begeistert die Internationale anstimmen, dann merkt man, daß sie sich etwas fühlen mit der Arbeiterschaft, daß sie den Kopf aufrecht halten, der Gefahr ins Auge sehen und gute proletarische Kämpfer werden.

Verbindet sich nicht mit Rosa Luxemburg, mit Karl Liebknecht, mit all den großen Helden der Revolution eine feierliche Poesie, die ehrlich und für die jungen Herzen, die die Zukunft bedeuten, begreiflich ist. Sehen Sie, das war für mich Poesie, die ich nicht vergessen werde, und darum will ich meinem Jungen die Jugendweihe geben lassen. Will er dann einmal zur Religion gehen, ich verwehre es ihm nicht, er ist ein Proletenkind... mag er seinen Weg suchen.

## Ottillie Baader.

Am 24. Juli starb eine alte Führerin der sozialdemokratischen Frauenbewegung, Ottillie Baader im Alter von 78 Jahren. Die jüngeren Genossen kennen sie nicht mehr, ist sie doch seit mehr als 10 Jahren in der Öffentlichkeit nicht mehr aufgetreten. Die älteren Genossen aber haben diese Frau nicht vergessen, denn sie verkörpert ein edles Geschlecht der deutschen Frauenbewegung.

Vor mehr als 50 Jahren, als junge Arbeiterin, rief sie die Arbeiterinnen auf zum Kampf gegen ihre Ausbeuter. Bald fand sie in den vordersten Reihen, um dann von 1890 bis 1908 als Vertrauensperson die sozialdemokratischen Frauen im Parteivorstand zu vertreten.

Am dem Inkrafttreten des Reichstagswahlgesetzes, das den

Frauen das Recht gab, sich politisch zu organisieren, trat Luise Zieg als Vertreterin der Frauen in den Parteivorstand, während Ottillie Baader, still und bescheiden wie ihr Wesen war, neben ihr weiter arbeitete.

Während des Krieges, als die Frauen in scharfer Opposition gegen den Parteivorstand standen, blieb sie abseits vom Meinungskampf. Auch während der Spaltung ging sie nicht mit Luise Zieg zur USF, sondern blieb bei der Sozialdemokratie. Ottillie Baaders Kampfsinn war längst dahin. Ihr Name aber wird trotzdem in der Geschichte der Arbeiterbewegung und besonders in der Frauenbewegung fortleben, wenn die heutigen Führerinnen der Sozialdemokratischen Partei ihn nicht vergessen sind.

### Arbeiterkorrespondenz 9.

Genossen, habt Ihr aufmerksam die Ausstellung des Parteitages verfolgt? Sind Euch die handgeschriebenen, russischen Zeitungen aufgefallen?

So etwas können wir in Deutschland nicht nachmachen. Wir Deutschen haben nämlich leider zuviel Tradition. Wir haben eine weitverzweigte Arbeiterpresse, die seit Jahrzehnten sauber gedruckt und gut redigiert erscheint. Die deutsche Arbeiterpresse wird von Feinden geschrieben, die etwas davon verstehen. Diese handgeschriebenen Zeitungen sind wurden

## Sammelt Unterschriften für die Vollamnestie bei den Arbeiterfrauen!

von Bauern, von Arbeitern geschrieben, die sich verständigen wollten untereinander von den Ereignissen im Proletariat vom Orte, aus den Betrieben.

Wenn in Deutschland die Zeitung verboten wird, ist Holland in Rot. Dann weiß Rommer nicht, was in Bayern geschieht, und das Ruhrgebiet kann sich nicht mit den ober-schlesischen Bergarbeitern verständigen.

In Russland waren die Arbeiterzeitungen fast immer verboten. Die russischen Arbeiter haben doch Streiks geführt, sie haben doch ihre Zeitungen herausgegeben, und wenn sie sie mit der Hand schrieben, sie haben sich über das ganze weite Russland verständigt. Sie lernten durch ihren harten Kampf schrittweise die Situation anpassen. Die russische Arbeiterzeitung ist durch Feuer geungen. Die deutsche Arbeiterzeitung ging durch Parteitage und schwierige Konferenzen, sie hat zuviel Respekt vor der Tradition bekommen.

Unsere Feindzeitungen, unsere Arbeiterkorrespondenten, sind ein Abwärtswort von dieser übernommenen Linie, sie sind wirklich Völlschweigerung. Leider haben unsere Genossen noch nicht die ganze Wichtigkeit der Arbeiterkorrespondenz erkannt. Deshalb wir lesen jetzt erschauerlicher Weise in allen

Zeitungen Berichte aus den Betrieben, aber noch viel mehr muß von Arbeitern geschrieben werden.

Warum hören wir nun nichts von „Arbeiterkorrespondentinnen“? Es soll solche geben. In der „Kommunistin“ hat leider noch keine geschrieben. Die Berichte an die „Kommunistin“ laufen recht spärlich ein, obwohl wir immer nach Berichten aus den Betrieben verlangen.

Liegt das wieder an der mangelnden Erkenntnistheorie unserer Genossen? Oder sind unsere Genossinnen in den Betrieben so wenig aktiv? Wir wissen doch alle, ob wir nun Männer oder Frauen sind, daß das weibliche Proletariat in den Betrieben eine sehr starke Stütze des Kapitals ist. Wir dürfen also gerade den Kampf unter den Arbeiterinnen nicht vernachlässigen.

Arbeiterinnen, schreibt aus den Betrieben!

### Zum Abbau der Wochenhilfe.

Wir haben ins Reich gerufen

Frauen, kämpft gegen den Abbau der Wochenhilfe!

Noch hat der Kai kein Echo gefunden.

Sammelt Euch zu Protestkundgebungen, schickt Resolutionen, demonstriert auf den Straßen gegen den Abbau der Wochenhilfe. Bei allen Kundgebungen, die in den letzten Wochen stattgefunden haben, sah man nirgends Transparente, die gegen den Abbau der Wochenhilfe auftrieten! Nirgends haben wir die Forderungen der Tertiärarbeiterinnen

Schutz der Wöchnerinnen und Schwangeren!

Liegt das daran, daß von diesen Maßnahmen speziell die Frauen betroffen werden?

Hört mit dieser rückständigen Einstellung. Der Kapitalismus haut immer auf die Schwächlinge der unpolitischen Frauen und macht dabei seine besten Geschäfte. Diese Forderungen sind Forderungen der gesamten Arbeiterschaft, sie sind die Interessen der Volksgesundheit.

Momentan bewahrt die Regierung Stillschweigen, um den Sturm der Entrüstung, den der geplante Abbau der Wochenhilfe sogar bei den Bürgerlichen hervorgerufen hat, verheben zu lassen. Wir wissen, wenn die bürgerlichen

Klerge, Fürsorgeämtern, Wohltätigkeitsvereine auch heulen, sie sind und bleiben die Stützen des Kapitals und werden den geplanten Sozialabbau nicht hindern, sie werden nur so tun, um sich an passenden Gelegenheiten ihre Wähler zu sichern.

Das Proletariat muß seine Forderungen selber erkämpfen. Unterstützt den Kampf unserer Genossen im Parlament.

## Das Leben Lenins im Ausland.

Von R. Kravtjaja.

Über Wladimir Ilich wird jetzt viel geschrieben. In den veröffentlichten Erinnerungen über ihn wird er oft als ein Ideal, als ein tugendhafter Philister und Familienvater hingestellt. Sein Bild wird verzerrt. Er war ganz anders. Er war ein Mensch, dem nichts Menschliches fremd war. Er liebte das Leben in seiner ganzen Mannigfaltigkeit und zog es gierig in sich ein.

W. I. hat es verstanden, die Freuden des Lebens zu genießen. So lebte er sehr die Natur. Nicht nur in Sibirien, sondern auch im Ausland, in der Emigration, machten wir oft Ausflüge, weil wir draussen vor die Stadt, und kehrten zurück, erfrischt von Luft, Bewegung und Einbräuen. Unsere Lebensweise sah merkwürdig von derjenigen der übrigen Emigranten ab. Diese liebten es, Stundenlang beim Tee sitzen und Zigaretten rauchen hin und her zu reden. W. I. konnte diesen leeren Zeitvertreib nicht leiden, er wurde leicht müde davon und verbrachte die Zeit lieber draussen. Selbst in London brachten wir es fertig, ins Grüne hinauszuflüchten, obwohl das in dieser rauchgeschwängerten, nebelumwölften Riesenhadt nicht so leicht ist, besonders, wenn man nicht mehr als 1/2 Pfund für Omnibusfahrt ausgeben will.

Große Vorliebe besaß W. I. für die Beobachtung des Lebens jenes Landes, wozu ihn das Schicksal gerade verschlagen hatte. Wo wir nicht überall in München, London, Paris herumgewandert sind. Er fand immer in den Zeitungen Annoncen über verschiedene sozialistische Versammlungen in den Vororten, in kleinen Cafés, in englischen Kirchen draussen und besuchte sie selbst. Er wollte das Leben des deutschen, englischen und französischen Arbeiters kennen lernen, er wollte hören, wie er nicht in großen Versammlungen spricht, sondern in Kreise seiner nächsten Kameraden, er wollte wissen, wozan er denkt, er fühlt. In Paris besuchten wir alle möglichen Arbeiterversammlungen. Wir konnten das Leben der Arbeiter jedes Landes, wo wir lebten, viel besser, als die Mehrzahl der Emigranten. Ich weiß noch, wie wir in Paris um eine Zeit-

lang für die französischen revolutionären Lieder begeisterten. Wir lernten Montegus kennen, einen talentvollen Verfasser und Sänger revolutionärer Lieder. Montegus war der Sohn eines Kommunards und bei Arbeitern äußerst beliebt. Eine Zeitlang liebte Ilich sein Liedchen „Ich grüße Euch, Soldaten des 17. Regiments“ — es war an französische Soldaten gerichtet, welche sich gewigert haben, auf Reitende Arbeiter zu schießen. Auch jenes Liedchen „Montegus“ gefiel Ilich, wo dieser die von den dummen Bauern gewählten sozialistischen Deputierten verhöhnt, die für 15 Tausend Franken Gehalt im Parlament die Volksfreiheit vertausen. Es begann eine Zeit regen Theaterbesuches. Ilich ließ keine Annonce der kleinen Socors-Theater unbedacht, wo ein Auftreten Montegus' angekündigt war. Mit einem Man von Paris ausgerüstet, wanderten wir in den entferntesten Vorort. Zusammen mit der Menge der Zuschauer liegen wir das Theaterstück über und ergehen meist einen sentimental-leichtsinrigen Unflut, wie ihn die französische Bourgeoisie so gern den Arbeitern aufstiftet. Dann kam Montegus an die Reihe. Schon sein Erscheinen rief seitens der Arbeiter stürmischen Beifall hervor. Er aber, angetan mit einer Arbeiterbluse und nach Art der französischen Arbeiter ein Tuch um den Hals gebunden, sang Liedchen über die politischen Tagesereignisse, verhöhnte die Bourgeoisie, besang das schwere Leben der Arbeiter, ihre Solidarität. Die Volksmenge der Pariser Vorstadt ist eine Arbeitermenge, sie reagiert lebhaft auf alles und jedes: eine Dame, die einen hohen Rock um sich angehängt hat, wird vom ganzen Theater angeschrien, ein im Saal auftretender Hausbesitzer, der seine junge Nichte mitbrachten will, wird niedergeschrien usw. Ilich hatte es gern, in dieser Arbeitermasse aufzugehen. Montegus trat einmal auch bei einer russischen Abendunterhaltung auf, sah dann bis in die tiefe Nacht hinein mit Ilich zusammen und sie sprachen beide über die kommende Weltrevolution. Der Sohn eines Kommunards und der russische Volksheld — sie träumten jeder auf seine Art von dieser Revolution. Während des Krieges begann Montegus patriotische Lieder zu singen.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich für die Redaktion: Martha Grubler-Groth. — Verlag: Vertriebsstelle Internationaler Sozialistischer Arbeiterverband Deutschlands (I.S.A.D.), Berlin, G.H. Platz 11. Druck: Friedrichshagen-Druckerei, Berlin G.H. 64, Friedrichstraße 12A.